

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft vom 28. Juni 2021
– Drucksache 17/388**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Verordnungsvorschlag über Maschinenprodukte
COM(2021) 202 final (BR 484/21)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 28. Juni 2021 – Drucksache 17/388 – Kenntnis zu nehmen.

14.7.2021

Die Berichterstatterin:

Alena Trauschel

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 17/388, in seiner 2. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 14. Juli 2021.

Abg. Felix Herkens GRÜNE bat um Auskunft, warum nach Einschätzung der Landesregierung die von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen zur Annahme von technischen Spezifikationen die Stellung harmonisierter Normen schwächen würde.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP wies darauf hin, aus Sicht der Landesregierung würden mit dem Kommissionsvorschlag für die Maschinenprodukteverordnung sowohl positive als auch suboptimale Bestimmungen unterbreitet. Sie wollte wissen, was unter „suboptimalen Bestimmungen“ zu verstehen sei.

Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erläuterte, als suboptimal werde die Schwächung der Normen bewertet. Grundsätzlich böten die harmonisierten Normen für die Unternehmen den Vorteil der Konformi-

Ausgegeben: 19.7.2021

tätsvermutung. Wenn sie sich an die harmonisierten Normen hielten, dann werde davon ausgegangen, dass das Produkt, das der harmonisierten Norm unterliege, konform mit den europäischen Verordnungen sei.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission enthalte den Punkt, dass die Europäische Kommission dazu berechtigt werden solle, in einem Bereich, in dem es entweder keine harmonisierten Normen gebe oder noch nicht gebe, selbst technische Vorschriften zu erarbeiten. Hier werde in gewisser Weise eine Schwächung der Normen gesehen, weil sich die Unternehmen in Normengremien engagierten, teilweise gerade mit dem Ziel, eine harmonisierte Norm zu erarbeiten, um nachher diese Konformitätsvermutung in Anspruch nehmen zu können.

Vorsitzender Willi Stächele erkundigte sich, ob möglicherweise im Hinblick auf die Bürokratisierung mit Klagen zu rechnen sei.

Der Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erklärte, davon sei nicht auszugehen, zumal es bereits eine Maschinenrichtlinie gebe, die national umgesetzt sei. Hieraus solle dann eine Verordnung werden.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/388 Kenntnis zu nehmen.

16.7.2021

Trauschel